

3

4 **Bürokratieabbau bei der medizinischen Versor-** 5 **gung von Flüchtlingen**

6

7 Antragsteller: Juso Kreisverband Konstanz

8 Empfänger: Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Baden-Württemberg

9

10

11 **Antrag:**

12

13 *Die KMV möge beschließen, den vorliegenden Antrag der LDK zur Beschlussfassung vorzu-*
14 *legen.*

15 Wir fordern, dass die medizinische Versorgung von nicht anerkannten Flüchtlingen in
16 Deutschland entbürokratisiert wird um eine bessere und gleichwertige Behandlung zu ge-
17 währleisten. Daher plädieren wir für die Einführung einer einheitlichen Gesundheitskarte für
18 nicht anerkannte Flüchtlinge deren Kosten von Bund und Länder mitfinanziert werden soll.
19 Weiter wollen wir, dass sich die sofortige Gesundheitsleistung nicht mehr nur auf akute Er-
20 krankungen bezieht, sondern auf alle Krankheitsbilder analog des üblich gesetzlichen Leis-
21 tungskatalogs. Insbesondere die psychotherapeutische Versorgungsleistungen sollen sofort
22 und ohne bürokratische Hürden möglich sein.

23

24 **Begründung:**

25

26 Soziale Ungerechtigkeit und schwere Krisen in der Welt führen dazu, dass mehr und mehr
27 Menschen nach Europa und Deutschland flüchten um ihr Leben zu schützen und eine besse-
28 re Zukunft zu suchen. Ein Großteil dieser Menschen leidet an akuten und chronischen Er-
29 krankungen, die oftmals als direkte Folge auf die schrecklichen Ereignisse die sie zur Flucht
30 gezwungen haben oder auf die Flucht selbst zurückzuführen sind. Um diese Menschen sinn-
31 voll in unsere Gesellschaft zu integrieren ist die Behandlung dieser Erkrankungen unerläss-
32 lich. Dank dem großen Engagement vieler Ärzte in unserem Land ist eine Grundversorgung
33 möglich. Dennoch sind die bürokratischen Hürden für diese Versorgung viel zu hoch und
34 verhindern somit ein noch größeres Engagement. Um sinnvolle medizinische Hilfe leisten zu
35 können, sind in vielen Fällen lange Wege durch Ämter notwendig, was zum einen eine ge-
36 sundheitliche Gefährdung der schutzsuchenden Menschen zur Folge hat und zum anderen
37 Ärzte vor notwendigen Schritten abschrecken kann. Daher fordern wir, dass die medizinische
38 Versorgung von nicht anerkannten Flüchtlingen unbürokratischer funktionieren muss. Die
39 Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge ist deshalb zwingend notwendig. Diese
40 Karte soll eine gleichwertige Versorgung von Flüchtlingen und „normal“ Versicherten ge-
41 währleisten. Allerdings müssen die entsprechenden Kosten auf Bund und Länder verteilt
42 werden um eine zusätzliche finanzielle Belastung unserer Kommunen auszuschließen und ein
43 bundesweit einheitliches System sicherzustellen. Weiter wollen wir klarstellen, dass insbeson-
44 dere die psychologische Behandlung von Flüchtlingen nicht als „luxuriöse“ Zusatzleistung
45 gesehen werden darf. Es handelt sich vielmehr um eine dringende Grundversorgung von
46 Menschen die oftmals sehr schwer traumatisiert zu uns kommen. Wenn wir es in Deutsch-
47 land mit der Integration dieser Menschen wirklich ernst meinen, müssen wir diese Leistung
48 und allen Umständen und so schnell wie möglich gewährleisten.